



ANTWORTEN
von
Andrea Lindlohr
(WK Esslingen)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Mein Kontakt zur Grünen Jugend ist in Stuttgart, wo ich unmittelbare Verantwortung für die Arbeit der Grünen trage, eng und gut. Es ist eine lebendige Gruppe, die auch über die Stadtgrenzen hinaus grünnahe junge Leute anzieht. Ich unterstütze es, dass die Grüne Jugend Stuttgart sehr politisch und dabei sehr selbstbestimmt arbeitet wie zum Beispiel jetzt bei den Formulierungen eines eigenen Programms zur Kommunalwahl. Die Grüne Jugend als eine Art willige Wahlkampf-Hilfstruppe zu betrachten, wie ich das bei manchen Grünen feststelle, lehne ich ab.

Was mich sehr freut, ist, dass viele Leute Anfang 20 heute mit der gleichen Grundmotivation zu den Grünen oder zur Grünen Jugend kommen wie ich vor zehn Jahren: aus ökologischer Verantwortung und aus dem Interesse für einen ökologischeren Verkehr, für den Atomausstieg, für das Klima. Bedanken möchte ich mich bei der Grünen Jugend auch für viel Spaß bei „Grün Rockt“ und netten GJ-Geburtstagsfesten. Und auf Landesebene würde ich mich freuen, mal wieder zu einer GJ-Mitgliederversammlung eingeladen zu werden.
2. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die in Vertretung der Bürgerinnen und Bürger entscheiden, sind heute im Schnitt 52 Jahre alt und zu 68 Prozent männlich. Als 33-jährige Frau bin ich eine klare Kandidatin dafür, die junge Generation im Parlament zu vertreten, denn meine Perspektive und meine Erfahrungen hat viel mit meiner Generation zu tun und unterscheidet sich deutlich von der Sicht der über 45-Jährigen.

Generationengerechtigkeit als politische Perspektive bedeutet für mich, dass ich mich für drei Dinge besonders einsetze: für ökologische Nachhaltigkeit, für bessere Bildung und dafür, dass auch die heute Jungen noch eine solidarische Alterssicherung und ein solidarisches Gesundheitssystem haben werden.
3. Mit Themen und mit Formen der Politik kann ich die Begeisterung für Politik anstacheln. Das Wichtigste ist, dass ich als junge grüne Kandidatin und dann auch als Abgeordnete

selber Begeisterung für Politik ausstrahle – und das mache ich: Ich rede mit und will gestalten, ich kann Einfluss auf den Gang der Dinge nehmen. Bei den Themen setze ich auf die nachhaltige Sicht: Wie funktioniert in 20 Jahren unsere Ökonomie, wenn wir heute unsere Ressourcen verschleudern und damit auch noch das Klima verändern? Wie können wir rasch die soziale Selektivität unseres Schulsystems ändern, damit wir in 20 Jahren eine soziale gerechte Gesellschaft haben?

Bei den Formen der Politik setze ich darauf, als Politikerin auch im Netz präsent, ansprechbar und streitbar zu sein. Veranstaltungen ziehe ich kontrovers und thematisch auf – lieber eine Podiumsdiskussion organisieren, bei dem auch nicht-grüne Meinungen vertreten sind, als mit ‚Ein grüner Promi erzählt was‘-Abenden diejenigen (nicht nur) jungen Leute abschrecken, die sich von WahlkämpferInnen und Parteien nicht gleich vereinnahmen lassen wollen.

Übrigens: Für ganz Deutschland, wie es in der Frage heißt, kann ich nicht antworten, denn ich glaube, dass es immer wieder große Ereignisse sind, die junge Leute politisieren und für Politik interessieren – einst zum Beispiel der NATO-Doppelbeschluss, in diesen Tagen die Finanzmarktkrise. Gerade der derzeitige Banken-Crash wirft doch die Frage nach der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft und damit nach der Verantwortung der Politik auf. Meine Antwort darauf: Ohne staatlichen Ordnungsrahmen gibt es gar keinen Markt, auch wenn FDPIer und BWL-Profis das manchmal absichtlich vergessen.

4. Die Fortsetzung des Atomausstieges und eine faire Behandlung der Endlager-Frage ist unser unabänderlicher grüner Kern. Was heißt ‚unverhandelbar‘ darüber hinaus? In einer parlamentarischen Demokratie mit vielen Parteien gibt es außer bei absoluten Mehrheiten wie dereinst in Bayern nur Regierungen, wenn Parteien in Koalitionsverhandlungen etwas verhandeln. Ich weiß dutzende Dinge, die mit uns Grünen unverhandelbar sind, weil sie jenseits unseres Wertekanons liegen: ob nun eine Beteiligung an einer Invasion des Iran, die Streichung des Krankengeldes oder die Abschaffung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft. Politisch relevanter als ein bloßes Njet sind aber die Ziele, die wir über den Atomausstieg hinaus durchsetzen wollen. Das sind drei meiner weiteren Ziele. Ich will:

- die Energiewende und den Klimaschutz entscheidend voranbringen mit einem CO₂-

- Zertifikatehandel, der keine Privilegierung von Kohlekraftwerken mehr kennt, mit einem neuen Kurs der neuen Bundesregierung auf EU-Ebene, um EU-weit die Trennung von Stromnetz und Stromproduktion sowie scharfen CO₂-Grenzwerten bei Autos durchzusetzen, und mit vielem mehr;

- eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur durch eine Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II, sondern auch durch eine wirklich menschenzugewandte Betreuung und Vermittlung vor Ort effektiver und würdiger wird. Dafür müssen wir die zentralistische Logik der Bundesagentur aus Nürnberg aufbrechen und für Langzeitarbeitslose eigene arbeitsmarktpolitische Instrumente erarbeiten;

- dafür sorgen, dass der Staat auf neue sicherheitspolitische Fragen klügere Antworten findet, als immer mehr Bürgerrechte zu schleifen und via Online-Durchsuchung und Videoüberwachung unser Privatleben auszuschnüffeln.

5. Frauen und Männer will ich vor allem in der Arbeitswelt gleicher machen, weil hier der wichtigste Hebel für mehr Geschlechtergerechtigkeit liegt: Wenn die Erwerbsbiographien von Frauen und Männern gleicher werden, wird auch ihr Einkommen, ihr Vermögen und ihre soziale Sicherung gleicher. Natürlich brauchen wir dazu mehr und bessere Kinderbetreuung und Kinderbildung. Aber wir müssen auch die Arbeitswelt verändern. Das Elterngeld war dazu ein erster wichtiger Schritt, denn es verändert die Erwartungen der Personalchefs und Entscheider bei den Arbeitgebern: Auch Männer, die man einstellt, Männer, die man für den nächsten Karriereschritt vorsieht, fallen vielleicht eine Zeit lang aus oder arbeiten Teilzeit, weil sie sich um Kinder kümmern. Die zwei sogenannten Vätermomente sollten wir darum ausweiten. Damit verbessern wir die Wettbewerbssituation von Frauen im Verhältnis zu Männern in der Arbeitswelt.
6. Die Einführung der Eingetragene Lebenspartnerschaft 2001 war einer der freudigsten Tage in meinem bisherigen politischen Leben. Dafür hat es sich gelohnt, im Wahlkampf auf der Straße zu stehen und für grüne Ideen zu werben. Und es zeigt auch, dass wir durch Verantwortung in einer Regierung die Welt verändern können. Aber natürlich ist auch die Eingetragene Lebenspartnerschaft nicht zu 100 Prozent das, was wir gewollt haben. Daher setze ich mich weiter für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe ein – mit allen Grünen gemeinsam, denke ich. Schritt für Schritt werden wir vorankommen. Am dringlichsten ist aus meiner Sicht das gemeinsame Adoptionsrecht. Aber auch beim Steuerrecht und beim Beamtenrecht ist noch viel zu tun. Dabei vergesse ich allerdings nicht, dass wir Grüne die Steuervorteile für Ehen ohne Kinder, ob hetero oder homo, drastisch senken wollen.
7. Wir müssen unsere soziale Sicherung vom Bismarck'schen Modell der (männlichen) Arbeitnehmersicherung zu einer Sicherung aller Einwohner umbauen. Das gilt besonders bei der Gesundheit. ‚Eine für alle‘ ist daher unsere Forderung aus der grünen Bürgerversicherung, für die wir kämpfen müssen. Der medizinische Fortschritt, der gute, aber oft sehr teure Behandlungsmethoden für immer mehr Krankheiten hervorbringt, droht sonst die Bevölkerung zu spalten in die, die an diesem Fortschritt teilhaben, und die, die davon nur Brosamen abbekommen. Die Alterssicherung dürfen wir nicht aufgrund von Wahltaktik wieder zu Gunsten heutiger Rentner und Pensionäre auf die Zeit vor Rot-Grün zurückdrehen, denn sonst fehlt uns das Geld, um die vielen Alten der Zukunft zu versorgen.
Die Pflege wird als soziales Thema immer wichtiger. Ohne mehr öffentliches und privates Geld werden wir im demographischen Wandel keine menschenwürdige Pflege sichern können. Aber es geht nicht nur um mehr Geld, sondern auch um bessere Konzepte: Die

Pflegeheim-Politik der Länder etwa, die für Baukostenzuschüsse zuständig sind, ist noch auf die Interessen der Träger statt der Pflegebedürftigen ausgerichtet. Wir müssen beim Arbeitslosengeld II die Regelsätze gerade für die Kinder erhöhen und zugleich dafür sorgen, dass mit einem verbesserten Kinderzuschlag Geringverdiener mit Kindern nicht alle als Aufstocker in das Arbeitslosengeld II rutschen und damit durch die Mühlen der Arbeitsverwaltung gedreht werden. Und für die soziale Gerechtigkeit der Zukunft ist entscheidend, dass alle Kinder die Chance auf gute Bildung haben: Die Logik des Aussortierens müssen wir aus unserem Schulsystem vertreiben!

8. Wir müssen Energie sparen, nicht Energieverbrauch fördern. Unsere Ressourcen werden zu billig verschleudert, weil die Märkte versagen: So haben wir vor über zehn Jahren unsere Forderung nach einer Ökosteuer begründet. Damals kostete Öl 10 Dollar pro Barrel, dieses Jahr waren es schon bis zu 146 Dollar (siehe <http://www.tecson.de/prohoel.htm>) . Heute preisen die Märkte ein, dass die Ressourcen knapp sind. Steuersenkungen auf Energie zu fordern wie die FDP, ist ordnungspolitischer Unsinn. Dadurch steigen nur die Nettopreise und die Gewinne der Energieversorger – und vielleicht sogar die Nachfrage. Auch verbilligte Energietarife für einzelne Gruppen sind keine Lösung.

Der Staat kann es auf Dauer nicht leisten, die steigenden Preise aus dem Steuersäckel auszugleichen. Und Familien mit kleinem Einkommen hilft es viel mehr, wenn sie nach einer Sanierung mit weniger Gas als bisher ihre Wohnung warm bekommen, als dass sie auf den steigenden Gaspreis einen Rabatt bekommen. Darum sollten wir das Einsparen und nicht das Verbrauchen von Energie fördern. Das macht ökologisch und sozial Sinn.

Ein Energiesparfonds aus den Erlösen des CO₂-Zertifikatehandels kann in Zukunft vom Austausch ineffizienter Stromheizungen bis zu sparsamen Elektrogeräten auch für einkommensschwache Haushalte Energiesparen bezuschussen und voranbringen. Die jüngsten Beschlüsse der grünen Bundestagsfraktion (http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/248/248885.beschluss_energie.pdf) weisen daher in die richtige Richtung. Und dass wir die Sätze des Arbeitslosengeldes II und der vergleichbaren Leistungen anheben müssen, ist davon unbenommen.

9. Ich glaube, dass die Europäische Union unsere beste Chance für mehr Teilhabegerechtigkeit ist – und dass die EU das in der Vergangenheit auch schon bewiesen hat. Ob beim Arbeitsschutz, den Mindeststandards für soziale Sicherung oder der Anti-Diskriminierungsrichtlinie, die auch unwillige Mitgliedstaaten umsetzen mussten: Mit der Begründung, dass die Bedingungen im europäischen Binnenmarkt für alle gleich sein müssen, können wir mit Rückendeckung der EU-Kommission noch viel für die Chancengerechtigkeit tun: zum Beispiel mit einer besseren Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen in einem bislang dabei sehr diskriminierenden Deutschland. Aber auch ohne Verordnungen und Richtlinien können wir Europa gerechter machen, in dem wir mehr voneinander lernen: den Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit von Dänemark; die

Kommune als Ort des Sozialen von Schweden. Und Iren, Malteser und Spanier übernehmen endlich das liberalere Familienrecht vom Rest Europas.

10. Ich will strebe keine grüne Armee an, sondern eine verantwortungsvolle deutsche Sicherheitspolitik, die auf dem erweiterten Sicherheitsbegriff fußt. Denn um Frieden zu schaffen und zu sichern, brauchen wir weit mehr als eine demokratisch geführte Bundeswehr. Wichtig ist, dass Deutschland stets multilateral und nie im Alleingang handelt. Die Europäische Union braucht endlich eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient hat – gerade in so brisanten Fragen wie der Iran-Politik und dem Verhältnis zur Russland. Es geht darum, internationale Institutionen zu stärken und eben nicht einfach hinzunehmen, wenn der Internationale Gerichtshof von manchen Regierungen ignoriert wird. Bei uns in Deutschland und international müssen wir endlich begreifen, dass Ökologie und eine nachhaltige, gerechte Versorgung der Menschen mit Wasser und Energie für die Sicherheitspolitik, für Krieg und Frieden eine überragende Bedeutung haben.